

Klima und Ressourcen

Ist Rohstoffreichtum Fluch oder Segen? Wie lassen sich Bauern in Entwicklungsländern besser auf Naturkatastrophen und ihre Folgen vorbereiten? Und welche Rolle kann eine neue Generation für eine nachhaltige Landwirtschaft spielen? Beispiele aus Afrika, Mittelamerika und Südostasien.

Loredana Sorg, Janina Grabs, Julia Harrer,
Nina Bernarding, Fabian Urech

Überflutet: Ein Ehepaar kämpft mit den Folgen
sintflutartiger Regenfälle in Marcovia, Honduras

Tausende Bewohner. Trotz kontinuierlicher Versuche der Zentralregierung in den Folgejahren, die Region nach außen hin als stabil darzustellen, blieben ihre Bemühungen erfolglos, die Ressourcenförderung in der Region Somali voranzubringen: Die großen Ölfirmen blieben fern – auch aus Sicherheitsbedenken – und diejenigen, die Rechte erwarben, verfügten nicht über die finanziellen Mittel, in die dringend notwendige Infrastruktur zu investieren.

Parallel zu den Kämpfen zwischen ONLF und Militär versuchte die Zentralregierung, den Konflikt am Verhandlungstisch beizulegen. 2012 trat die äthiopische Regierung mit der Bitte an ihre kenianischen Kollegen heran, Friedensverhandlungen mit der ONLF zu leiten. Seitdem haben sich beide Parteien mehrmals getroffen. Eines der zentralen Themen ist die Frage, wie man die Gewinne aus den Öl- und Gasvorkommen der Region miteinander teilen kann. Dahinter steht auch der Wunsch der Zentralregierung, die Somali-Region attraktiv für Investoren und Ölfirmen zu machen.

Kann die äthiopische Wirtschaft auch ohne Öl- und Gas weiterhin zweistellig wachsen?

Äthiopiens Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren beeindruckend schnell gewachsen – auch ohne die Förderung von Öl und Gas. Doch mittel- und langfristig dürfte es schwierig werden, das Wirtschaftswachstum im zweistelligen Bereich zu halten, wenn man auf Öl- und Gasförderung verzichten muss. Und die größten nachgewiesenen Vorkommen des Landes liegen im Herzen des von der ONLF beanspruchten Gebiets.

Hinzu kommt der Druck, nicht hinter benachbarte Länder wie Uganda, Tansania und Mosambik zurückzufallen, die alle in den vergangenen Jahren beachtliche Öl- und Gasvorkommen nachgewiesen haben und dadurch Ölgiganten wie Shell und Total anziehen konnten. Einer der größten Vorteile dieser Länder gegenüber Äthiopien ist die bessere Sicherheitslage in den Gebieten, in denen Öl und Gas gefunden wurden.

Auch für die ONLF spielen die natürlichen Ressourcen in „ihrem“ Territorium eine wichtige Rolle. Eine Vereinbarung, die zur Stabilisierung der Region führen, die Förderung von Öl und Gas ermöglichen und damit zur Entwicklung eines der entlegensten Gebiete der Welt beitragen würde, wäre ein wichtiger politischer Sieg der ONLF, die zuletzt mit schwindendem Rückhalt in der kriegsmüden Bevölkerung zu kämpfen hatte. Gerade für Bevölkerungsgruppen und Clans, die sich weder von der äthiopischen Regierung noch von der ONLF repräsentiert fühlen, dürfte ein Friedensschluss an Attraktivität gewinnen, wenn dadurch die Aussicht stiege, dass die Region von ihren natürlichen Ressourcen profitieren kann. Und wenn eine solche Vereinbarung die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen in der Region Somali der Zentralregierung gemeinsam mit einer inklusiven regionalen Regierung übertrüge, dann könnte das die Abhängigkeit beider Parteien voneinander erhöhen – und damit auch die Kosten einer erneuten gewalttätigen Auseinandersetzung.

Wie bei den meisten Ressourcenkonflikten geht es in der Region Somali um viel mehr als nur um Öl und Gas. Der Friedensprozess muss komplexe Fragen nach politischer Zugehörigkeit, Mitbestimmung und Identität beantworten. Immerhin hat die Aussicht auf potenzielle Profite aus Öl- und Gasförderung die Parteien nach Jahrzehnten an den Verhandlungstisch zurückgebracht. Auch nach einer Vereinbarung beider Parteien könnten die Gewinne aus Öl- und Gasförderung den Frieden positiv beeinflussen und dazu beitragen, dass keine neue Gruppe sich genötigt fühlt, in die Fußstapfen der ONLF zu treten.

Beispiele wie dieses, aber auch die Friedensprozesse auf den Philippinen und im Sudan vor 2005 machen deutlich, dass Öl und Gas nicht nur kriegerische, sondern auch friedensfördernde Wirkungen entfalten können. Konfliktforscher und Friedensentwickler müssen lernen, diese Wirkungen und Anreize verstärkt zu nutzen und ihre Berührungspunkte zu Öl- und Gasfirmen zu überwinden. In vielen Fällen gibt es ein gemeinsames Interesse an Stabilität und Frieden. • •

Nina Bernarding arbeitete im Rahmen ihrer Kolleg-Stagen in Bonn, Khartum und London.

„Das Öl hat uns den Kopf verdreht“

In Ghana sind die großen Hoffnungen der Ernüchterung gewichen

Fabian Urech | Es ist ein geschäftiger Vormittag auf dem Markt im Zentrum von Takoradi, der viertgrößten Stadt Ghanas. Die Straßen sind eng, hinter den zahllosen kleinen Marktständen buhlen die Händler lauthals um die Aufmerksamkeit der Passanten. Takoradi, so scheint es, unterscheidet sich kaum von den meisten afrikanischen Kleinstädten. Wären in den vergangenen Jahren nicht hier und dort einige moderne Geschäfte eröffnet worden, würden sich im Marktsortiment nicht auch neue Smartphones finden – es gäbe wenig, an dem sich das neue Jahrtausend festmachen ließe. Viele Besucher der Stadt, die zumeist aus der rund 200 Kilometer östlich gelegenen Hauptstadt Accra anreisen, dürfte das freilich überraschen. Denn Takoradi eilt ein Ruf voraus: Seit 2007 rund 60 Kilometer vor der Küste der Hafenstadt Öl gefunden wurde, spricht man allorts von der „Oil City“ – und meint damit einen Ort der großen Hoffnungen.

2007 wurde das Öl entdeckt, drei Jahre später lief die kommerzielle Förderung an

Bereits drei Jahre nach dem Erdölfund lief die kommerzielle Förderung an. Seither werden täglich rund 100 000 Fass aus den Tiefen des Atlantiks auf eine schwimmende Plattform gepumpt. Das ist im Vergleich zu den afrikanischen Großförderern Nigeria und Angola zwar nur eine bescheidene Menge, gleichwohl hat der ghanaische Staat durch das Öl bereits über 2,7 Milliarden Dollar verdient. Erdöl ist inzwischen Ghanas zweitwichtigstes Exportgut; stößt man in den kommenden Jahren entlang der Küste wie erhofft auf weitere Quellen, dürften diese Einnahmen alsbald jene aus dem Goldgeschäft übersteigen.

Angesichts dieser Zahlen erstaunt es wenig, dass die Nachricht vom Ölfund vor nunmehr acht Jahren eine Euphorie im Land auslöste. Solomon Kusi Ampofo, ein Rohstoffexperte der in Takoradi beheimateten Nichtregierungsorga-

nisation „Friends of the Nation“, erinnert sich jedoch mit gemischten Gefühlen daran. „Viele glaubten, sie würden über Nacht reich werden“, erklärt Ampofo. In Takoradi sei die Erwartungshaltung besonders groß gewesen. „Alle rechneten mit neuen Arbeitsplätzen, einer verbesserten Infrastruktur, überall war vom schwarzen Gold und einer strahlenden Zukunft die Rede.“ Der Regierung schreibt der Rohstoffexperte zumindest eine Mitverantwortung für diese Begeisterungswelle zu. Tatsächlich verkündete der damalige Präsident John Kufour nach dem Fund unbescheiden, Öl werde Ghana zum afrikanischen Tiger machen: „Mit Erdöl als Antrieb werden wir fliegen lernen.“

Auch auf dem Markt von Takoradi sprachen die Menschen noch vor Kurzem vom Aufbruch und einer großen Zukunft. Doch mittlerweile hat sich der Wind gedreht. „Die Frage nach dem Verbleib der Ölgelder ist in der Stadt zum zynischen Bonmot avanciert“, sagt Marlvin Dadzie. Der Journalist verfolgt die Entwicklung in Takoradi seit Langem. Von seinem kargen Büro blickt er direkt auf

„Nur eine Minderheit profitiert vom Öl, unterm Strich ist es eher Fluch als Segen“

das geschäftige Treiben auf den Straßen der Hafenstadt. „Nein, verändert hat sich hier in den vergangenen Jahren kaum etwas“, sagt er und fügt hinzu: „Nur die Lebenshaltungskosten sind teils massiv gestiegen.“

Dadzie weiß, dass die Erwartungen der Bevölkerung angesichts fehlender lokaler Fachkräfte und des wenig personalintensiven Erdölgeschäfts überhöht waren. Selbst bei den Zulieferern würden oft ausländische Firmen bevorzugt. „Sogar große Mengen des Mineralwassers für die Plattform kommen aus dem Ausland“, sagt der Journalist. Dass in Takoradi viel Geld verdient wird, bleibt der lokalen Bevölkerung nicht verborgen. In den neuen Villenquartieren am Meer und beim Flughafen sind die Ölmillionen nicht zu übersehen. Verglichen mit dem ärmlichen Stadtzentrum scheinen die prächtigen Häuser und Hotels geradezu surreal. „Bislang profitiert eine kleine Minderheit vom Öl, unter dem Strich war es für uns eher Fluch als Segen“, so Dadzie.

Aus den Fehlern anderer lernen

Nach den erfolgreichen Bohrungen im Jahr 2007 hatte die ghanaische Regierung ein umfangreiches und fortschrittliches Regelwerk für den neuen Wirtschaftszweig erlassen. Das Gesetz legte fest, wie die Öleinnahmen ausgegeben werden dürften, es wurden ein Staatsfonds zum Ausgleich von Erdöl-Preisschwankungen und ein Fonds für künftige Generationen eingerichtet und daneben ein aus Vertretern der Zivilgesellschaft bestehendes Kontrollorgan geschaffen.

Ghana wollte aus den Fehlern anderer afrikanischer Förderstaaten lernen. Und es wollte zeigen, dass der so genannte Rohstofffluch kein unabwendbares Schicksal ist. Tatsächlich schien Ghana gut gerüstet, den auch als „Paradox des Überflusses“ bekannten Fluch zu überwinden. Mit seiner stabilen Demokratie, einer dynamischen und rasch wachsenden Wirtschaft, einem vergleichsweise niedrigen Korruptionsgrad sowie einer äußerst aktiven Zivilgesellschaft galt Ghana als Modellstaat Westafrikas.

Doch knapp fünf Jahre nach Beginn der Ölförderung sind nicht nur in Takoradi, sondern auch in Accra die hochtrabenden Erwartungen der Ernüch-

terung gewichen. Experten wie Emmanuel Graham vom unabhängigen Forschungsinstitut „Africa Centre for Energy Policy“ (ACEP) sprechen von einer gescheiterten Rohstoffpolitik: „Auf dem Papier verfügen wir über ein vorbildliches Rohstoffgesetz, aber es hat nur dann einen Wert, wenn es auch eingehalten wird.“ Das Gesetz lege zwar fest, in welchen Wirtschaftsbereichen die Einnahmen prioritär investiert werden müssen, etwa in der Landwirtschaft und im Straßenbau. „Doch die Gelder wurden bislang viel zu breit gestreut – man will überall ein bisschen investieren und erzielt dadurch kaum Wirkung.“ Zudem deckte das ACEP auf, dass jüngst beachtliche Summen der Erdölgelder an das Präsidentenbüro flossen.

Die Diskrepanz zwischen Gesetz und Realität zeigte sich in Ghana unlängst auch im Umgang mit dem Stabilisierungsfonds. Eingerichtet mit dem Ziel, Erdöl-Preisschwankungen auszugleichen und eine langfristige Budgetplanung zu ermöglichen, entschloss sich die Regierung 2014 kurzerhand, den Fonds zu deckeln und ihm 300 Millionen Dollar für Schuldentrückzahlungen zu entnehmen.

Es war ein Manöver, das rechtlich auf sehr wackligen Füßen stand und alsbald auch wirtschaftliche Konsequenzen nach sich zog. Nur wenige Wochen nach der Entscheidung begann der drastische Einbruch des Ölpreises. Nun fehlt im Fonds das Geld, um die Preisdifferenz auszugleichen. Die Folgen sind massive Budgetkürzungen und ein weiterer Anstieg der bereits hohen Staatsschulden. 2014 musste der jüngste Erdölproduzent Afrikas beim Internationalen Währungsfonds finanzielle Unterstützung beantragen. „Das haben viele Menschen hier als Schande empfunden“, sagt Emmanuel Graham. Innerhalb weniger Jahre sei Ghana vom Vorreiter einer ganzen Region zum Sorgenkind geworden.

„Eine Alles-ist-möglich-Mentalität hielt Einzug, eine Art psychologischer Rohstofffluch“

Ist das Land also doch dem Rohstofffluch zum Opfer gefallen? Einen unmittelbaren Zusammenhang gebe es wahrscheinlich nicht, antwortet der Politologe. Dafür seien die Staatseinnahmen aus dem Erdölgeschäft zu gering. Andererseits sei es wohl „kaum dem Zufall geschuldet, dass die Haushaltsdisziplin der Regierung genau zu jenem Zeitpunkt erodierte, als die Ölförderung begann“. Vielleicht habe das schwarze Gold der Regierung tatsächlich ein wenig den Kopf verdreht, fügt Graham an. „Eine Alles-ist-möglich-Mentalität hat Einzug gehalten, es ist eine Art psychologischer Rohstofffluch.“

Dass Ghana alsbald zurückfindet auf den in den neunziger Jahren eingeschlagenen Weg, der dem Land das Image des demokratischen und wirtschaftlichen Vorreiters Westafrikas brachte, daran glauben momentan die wenigsten. In Accra und Takoradi ist man mittlerweile gar der Meinung, das Öl hätte im Boden bleiben sollen – zumindest so lange, bis die ghanaische Wirtschaft in der Lage ist, am lukrativen Geschäft in größerem Umfang zu partizipieren. Ein wirtschaftlicher Umschwung wäre aber nicht nur für Ghana wichtig, sondern für die gesamte Region. Denn was würde es für Afrika bedeuten, wenn selbst dessen demokratischer Musterknabe den Kampf gegen den Rohstofffluch verlöre? • •

Fabian Urech war im Rahmen seiner Kolleg-Stagen im Senegal, in Ghana und der Schweiz.